

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Helm. Jahnstrasse, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Vertrieb Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 245 14. Bestellungen durch die Post für den Inland 1.—5.

Nummer 30

Düsseldorf, den 25. Juli 1931

Verstandort Krefeld

Katastrophenstimmung

M. Die letzten Ereignisse haben die politische und finanzielle Lage Deutschlands in einer Weise verschärft, die das Schlimmste befürchten lässt. Unter dem Druck der Krise treten die Fehler einer falschen Wirtschaftspolitik bei zahlreichen Unternehmen offen zutage. Zusammenbrüche und finanzielle Pleiten bisher angehender Unternehmen häufen sich. Die politischen Schwierigkeiten kommen hinzu, um die Situation weiter zu zuspielen. Die politische Einsichtlosigkeit des Auslandes, insbesondere Frankreichs, der weitere Kapitalentzug aus der deutschen Wirtschaft und das damit verbundene erneute Schwinden des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft verschärfen die Krise. Insbesondere die Zahlungsschwierigkeiten der Danatbank (Darmstädter und Nationalbank), die ebenfalls eine Folge verfehlter Finanzpolitik in Verbindung mit den Finanzschwierigkeiten des Nordmolkonzerns sind, haben einen allgemeinen Sturm auf die Sparinstitute und Banken zur Folge gehabt, die die Aufrechterhaltung eines geordneten Zahlungsverkehrs zur Unmöglichkeit mache. Durch die neuerrichteten Notverordnungen und die Regierung des Haushaltswettkrebs ist in letzter Stunde von der Regierung einer Katastrophe vorbeugt worden und die Sicherung der Gelder für die Zusicherung der Lohn- und Gehaltsbezüge und Arbeitslosenunterstützung erfolgt.

Die gegenwärtige Situation ist — das muss dabei mit aller Klarheit herausgestellt werden — das Ergebnis einer ziel- und verantwortungslosen kapitalistischen Wirtschaftspolitik, die leichtsinnig ins Blaue hinein gewusst hat und nicht das Interesse des Kapitalistischen Eigentums zum Schaden der Allgemeinheit im Auge hatte. Die am anderen Ende dargelegten Vorgänge bei den letzten Zusammenbrüchen deutscher Industrieunternehmen reden davon eine deutsche Sprache.

Es hat keinen Zweck, sich über diese Dinge hinwegzutäuschen oder davon die Augen zu verschließen. Es hat aber auch ebenso wenig Zweck, in dieser Situation über einer allgemeinen Erörterung der Schuldfrage zu vergessen, was notwendig ist, oder etwa gar unter dem Eindruck dieser Geschehnisse den Kopf zu versieren. Je weiter die Katastrophenstimmung, die unter dem Eindruck dieser Geschehnisse breite Massen bereits ergripen hat, um sich greift, umso gefährlicher wird die Situation und umso schlimmer wird es für die Regierung, das Staatschiff durch die gefährliche Klippe der gegenwärtigen Krise hindurch zu bringen.

Aus dieser Erkenntnis und aus der allgemein notwendigen politischen Vernunft unseres Volkes ist es doppelt geboten, die Ruhe zu bewahren und nicht den Kopf zu verlieren. Auch in unserer politischen Steuerungsmasse zu diesen Geschehnissen. Die gegenwärtige Katastrophenstimmung steigert natürlich die Gefahr politischer Erzesse, Zusammenrottungen und Unruhe und macht es mehr denn je notwendig, dass insbesondere die Arbeitnehmerchaft ihre Vernunft bewahrt und sich nicht zu irgend welchen Putschen und Unbesonnenheiten verleiten lässt. Mehr denn je gewinnt in dieser Situation insbesondere die gewerkschaftliche Disziplin und Gewaltlosigkeit der Arbeiterschaft Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Dinge. Die Gewerkschaften, in jahrzehntelanger Praxis geschult, die Realitäten richtig zu erkennen und einzuschätzen, gehen erfahrungsgemäß in diesen Zeiten doppelte Garantie für die Wahrung der Interessen der breiten Schichten des Volkes und die Sicherung unserer Existenz. Ruhige und besonnene Gewerkschaftspolitik ist immer die beste Gewähr für die Sicherung der Erhaltung der öffentlichen Ordnung gewesen. Insbesondere in diesen Tagen der Ketten- und Katastrophenstimmung aber kommt alles auf die Sicherung der Ordnung im deutschen Staats- und Wirtschaftsleben an.

Gedenken wir das wohl. Nicht die heile verantwortungslose Krisenpolitiker und ihrer unsauberen Drahtzieher, sondern nur besonnene, weitsichtige Gewerkschaftspolitik gibt der Arbeiterschaft Garantie für die Wahrung ihrer Belange.

Mehr denn je gilt darum für die Arbeiterschaft in dieser Zeit die Parole: Kernen behalten und die Geschlossenheit in der gewerkschaftlichen Organisation wahren!

Wirtschaftsführung - 1

M. Die Ausprägung der allgemeinen Wirtschaftskrise und insbesondere die finanziellen Schwierigkeiten im deutschen Wirtschaftsleben können nicht ohne Auswirkungen auf die hier von betroffene Industrie haben. Der Ausscheidungsprozess innerlich ungefähr oder fehlgeleiteter Wirtschaftsunternehmungen nimmt zu, die Zusammenbrüche auch großer wirtschaftlicher Unternehmen, die bisher in der öffentlichen Meinung und an der Börse für durchaus gesund und gut fundiert galten, kennzeichnen die Entwicklung. Dabei erscheint es notwendig, im Interesse eines klaren Urteils die innere Entwicklung dieser betroffenen Unternehmen schärfer zu beleuchten und nach den Gründen ihres Zusammenbruches zu forschen.

Die Vorgänge, die in dieser Hinsicht bei den letzten Industriezusammenbrüchen bekannt geworden sind, inter-

essieren die Arbeiterschaft in doppelter Hinsicht. Zum einen geben sie einen interessanten Aufschluss über die verfehlte Wirtschaftspolitik aus der Praxis jener Kreise, die sich gerade in den letzten Monaten immer wieder als die alleinigen Führer und Retter der deutschen Wirtschaft bezeichnet haben. Andererseits aber bieten sie gleichzeitig wertvolle Rückschlüsse zu der vielgepriesenen "Sozialpolitik" dieser Wirtschaftsführer, die sich in dem Kampf gegen die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialpolitik nicht genug tun können.

So ergibt sich eine interessante Parallele zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Tätigkeit dieser Unternehmer, sowie zwischen der von ihnen vertretenen Wirtschaftspolitik und ihrer Lohnpolitik in der Praxis.

Der Zusammenbruch der „Nordwolle“

Die Arbeiterschaft ist der Leidtragende

Die Norddeutsche Wollspinnereien und Webereien galten jahrzehnt lang als der größte Wollkonzern, ja die bedeutendsten Textilunternehmen Deutschlands überhaupt. Unter der Führung der Familie Lahusen entwickelte sich das ehemals bescheiden, aber gut fundierte und gut rentierende Unternehmen in der Nachkriegszeit zu einem gewaltigen Textilkonzern, der durch Angliederung von Betrieben sich über ganz Deutschland hinaus erstreckte und in der deutschen Wollindustrie bestimmend war.

Expansion

Dieser Ausdehnungsdrang sollte allerdings gleichzeitig für das Unternehmen nachteilhaft werden. Eine weitere Vergrößerung des Konzerns gliederte das Mutterunternehmen in Bremen sich zunächst als bedeutendste Tochtergesellschaft die „Toga“, ein Gesellschaft von ehemals selbständigen Webereien in Sachsen und Westdeutschland, mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark an. Darauf folgte der Anschluss der „Toga“, einer Vereinigung von Strickereibetrieben in Sachsen und Württemberg, mit einem Aktienkapital von 15 Mill. M., weiter die Angliederung der „Toga“, in welcher mehrere Strumpffabriken zusammengefasst sind. Unter anderem erfolgte später auch der Anschluss der „Kammgarnspinnerei Kaiserslautern“ mit einem Aktienkapital von 4 Mill. Mark. Gleichzeitig mit diesen Angliederungen übernahm allerdings die Nordwolle A.-G. erhebliche Verpflichtungen der neuen Tochterunternehmungen in Form von Bankschulden usw. So wies die „Toga“ allein in ihrer letzten Bilanz 21 Mill. M. Bankschulden aus. Wie stark sich das Mutterunternehmen durch diese Expansion belastete, ergibt das Bilanzergebnis des vergangenen Jahres, nachdem bei einem Aktienkapital von 75 Mill. M. nicht weniger als 128 Mill. M. Verbindlichkeiten vorlagen. Bereits der letzte Abschluss der Nordwolle war unter diesen Umständen passiv. Die Verwaltung unterließ die regulären Rückstellungen und verwandte den Gewinnüberschuss von 1,3 Mill. M. zum Ausgleich der Bilanz.

— und Spekulation

Diese bedenkliche Expansionspolitik der Nordwolle A.-G. war begleitet von einer ebenso gefährlichen Spekulationspolitik, die für die Gesellschaft zum Verhängnis werden sollte. Die Verwaltung, insbesondere aber die führenden Herren Lahusen, machten wahrschafte Wollfertigungsabschlüsse gigantischen Ausmaßes, welche sich, als der anhaltende Sturz der Wollpreise einsetzte, zu ebenso katastrophalen Verlusten entwickelten. Mit neuen Spekulationen und Aktiengeschäften wurde versucht, die erlittenen Verluste auszugleichen. Das Ergebnis war jedoch eine Vergrößerung derselben, so dass die Verwaltung wiederholt genötigt war, umfangreiche Bankkredite in Anspruch zu nehmen, um noch aufzuhalten die Verluste zu verdecken. Diese Spekulationsgeschäfte der Direktion der Nordwolle A.-G. erfolgten über eine bisher unbekannte neue Tochtergesellschaft in Holland, die den überraschenden Namen „Ultramare“ führt. Das Kapital dieser Gesellschaft befand sich zu zwei Dritteln in den Händen der Familie Lahusen und zu einem Drittel bei der Nordwolle.

Die Mission der „Ultramare“

Solang die erwähnten Spekulationsgeschäfte günstig verliefen, diente die „Ultramare“ in Holland der Familie Lahusen dazu, die erzielten Überschüsse dem deutschen Staat zu entziehen und mehr oder weniger sie gleichzeitig vor den Aktionären bzw. dem Aufsichtsrat der Nordwolle A.-G. zu verborgen. Als dann aber die Spekulationsgeschäfte zu beständig neuen Verlusten führten, bekam die „Ultramare“ eine neue, gegenteilige Mission. Bei ihr wurden jetzt durch geschickte Verbuchungen die Verluste untergebracht und zu diesem Zwecke von der „Ultramare“ ein erheblicher Posten von Nordwollaktien übernommen. Die starke Vergrößerung des Nordwolle-

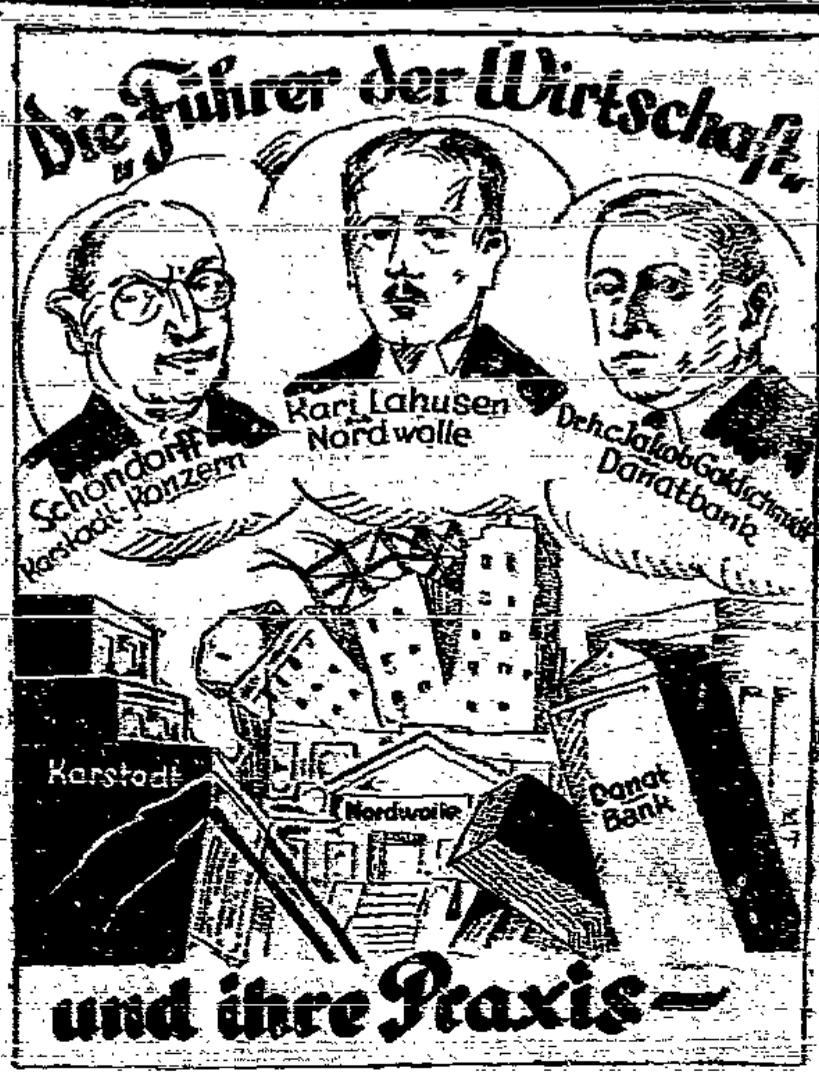
wolkkonzerns mit seinen Tochtergesellschaften, insbesondere mit der „Ultramare“, machte es anscheinend möglich, dieses unsame Geschäftsgeschehen der Kontrolle des Aufsichtsrates und der Aktionäre zu entziehen. Neben diesen verfehlten Spekulationsgeschäften wurden aber, wie der Verwaltungsbericht des Konzerns feststellt, über die „Ultramare“ auch noch „andere Geschäfte getätig“, zu denen auch bedeutende Transaktionen für private Zwecke gehören.

Privatgeschäfte des Vorstandes auf Kosten der Gesellschaft

Dass die Verwaltung beim Kauf zweier Unternehmen, die beide wahrgenommen hat, geht nicht allein aus der jetzt erfolgten Beichlagsnahme ihres Vermögens und Einleitung eines Sparverfahrens gegen sie hervor, sondern ergibt sich auch aus der Tatsache, dass sie im Laufe der Jahre umfangreiche Ländereien, Villenbesitzungen usw. erwarb, die aus diesen Transaktionen stammten. Auch diese Privatgeschäfte, die in die Millionen gingen, haben dem Nordwollkonzern erhebliche Verluste gebracht und so zum Zusammenbruch des Unternehmens beigetragen. Bezeichnend für das Geschäftsgeschehen der Verwaltung ist, dass die Direktion trotz dieser Entwicklung und trotzdem ihr selbst bereits die tatsächliche Lage des Konzerns klar sah, noch Ende vorigen Jahres die beunruhigten Aktionäre und die Öffentlichkeit mit der Reinigung täuschte, die Nordwolle habe mit Überschüssen gearbeitet und erhebliche Abschreibungen seien möglich gewesen, so dass die Lage des Unternehmens durchaus optimistisch betrachtet sei. Auch die Verpflichtungen der Tochtergesellschaften würden beträchtlich abgebaut, und es sei damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung sich günstig gestalten würde.

Das Ergebnis:

Das jetzt vorliegende Ergebnis der Bilanz zeigt für die Aktionäre in katastrophaler Weise das Gegenteil: ein Aktienkapital von 75 Mill. M. und etwa 20 Mill. M. Reserven steht ein Gesamt-



verlust von rund 200 Mill. M gegenüber. Lieber der Verlust des Aktienkapitals und der Reserven hinaus besteht somit die Unterbilanz des Unternehmens über 100 Mill. M. Die Gesamtschuldenlast des Konzerns ist auf etwa 1/4 Milliarde M angewachsen. Der Konzern hätte jüngst schon längst seine Zahlungen einsteuern und das Konkursverfahren beginn ein Vergleichsverfahren beantragen müssen, wenn nicht die geldgebenden Banken immer wieder hergeholt hätten. Zum überwiegenden Teil nämlich — und das ist bei allen Unglück noch das Glück der Nordwolle A.G. — stammen die aufgenommenen Kredite von ausländischen und deutschen Banken, die natürlich ein Interesse daran haben, daß die Pleite nicht auch noch gesetzlich verhindert wird, was gleichbedeutend mit dem völligen Verlust ihrer Gläubiger wäre. An Stelle dessen darf man sich durch neue Creditaufnahmen das Unternehmen in etwa zu sanieren und über den Berg zu tragen.

Wie früher der Zusammenbruch der Nordwolle A.G. ist, zeigt die Tatsache, daß der Kurs ihrer Aktien, die noch Ende 1928 zu den besten Papieren an der Börse gehörten, von damals 190 auf 30 Anfang Juni zurückging und nach Bekanntwerden des Abschlusses auf 3 in den letzten Tagen gefallen ist. Mit anderen Worten: für eine Aktie der Nordwolle, für die Ende 1928 noch der doppelte Preis gezahlt wurde, zahlt man nur noch 3 Prozent. Das bedeutet eine Verminderung dieses Millionenunternehmens mit einem Aktienkapital von 15 Mill. M. auf etwas 2,5 Mill. M. Von der Börse sind daraufhin die Aktien der Nordwolle als nicht mehr terminhandelsfähig erklärt worden und damit vom Börsenhandel überhaupt ausgeschlossen.

Die Verteilung

Aber nicht allein die Aktionäre der Nordwolle A.G. werden durch diesen Zusammenbruch betroffen. Der Betriebsbericht kündet in deutlicher Weise bereits die kommenden Maßnahmen an, indem er mitteilt: „Wir

werden vor entscheidenden Maßnahmen nicht zurücktreten, eifig den einen oder anderen Betrieb stilllegen oder abstoßen.“ Auch die Arbeiterschaft wird durch die verantwortungslosen Spekulationen der Verwaltung der Nordwolle A.G. schwerstens betroffen werden. So hat bereits der Tages-Sanger für die beiden Badener Textilbetrieben Schmitz und Schenk Söhne (mit etwa 1200 Beschäftigten) in den letzten Wochen die Betriebsstilllegung beantragt. Das ist das sozialpolitische Ergebnis der Manipulationen der Nordwolle A.G. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß dieselbe sich von jeder in ihrer sozialpolitischen Stellungnahme besonders „auszeichnet“. Gewerkschaften, Tarifverträge und Schlüsselmaßnahmen waren den Leuten der Nordwolle immer ein Dorn im Auge. Ihnen schwiebt ein billiges Werkzeug in einer Fassade vor. So wurde mit Hilfe der Galben“ bereits im Jahre 1928 das bekannte Leistungslohnvertrag in den Betrieben der Nordwolle durchgeführt, das durch ein besonders ausgedehntes Akkord- und Prämienpfund zu einer außerordentlich starken Ausweitung der Zulieferschaft führte. Schon gleich nach der Inflation verschob die Nordwolle-Verwaltung die Löhne der Arbeiterschaft zu „stabilisieren“, und zwar den Stundenlohn erwachsener männlicher Arbeiter auf 21 Pf. Heftige Arbeitskämpfe in den verschiedenen Konzernbetrieben waren die Folgen dieser Maßnahme.

Man kann annehmen, dieser Vorgang mit Recht die Frage aufwerfen, wie es um die wirkliche Verbesserung und Fortentwicklung vieler sogenannter „Wirtschaftsführer“ steht, die immer für sich allein die Befreiung zur wirtschaftlichen Erfahrung des deutschen Volkes in Aussicht nehmen. Bedacht man zudem den Zustandung der sozialpolitischen Einstellung dieser Wirtschaftsführer, so wird man keinen Platz, wann wird das Urteil über die Qualifikation und Berechtigung zur Führung der Wirtschaft nicht schwer. Hier ist offenbar eine Reform in der deutschen Wirtschaft dringend geboten.

Das Kartell-Dilemma

Spekulation, überhöhte Direktorenbezüge und Lohnabbau

Der Kartell-Konzern, dessen Witterunternehmen vor kurzem das 50jährige Bestehen feierte, gehört zu jenen Unternehmungen, die sich überraschend in den letzten Jahren zu Großkonzernen von überregionaler Bedeutung für die deutsche Wirtschaft entwickelt haben. Der Karlsruhe-Konzern wurde 1920 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und zeigte bald einen beispiellosen Ausdehnungsrhythmus, der nicht zuletzt auf die Führung des kommerziellen Sekretariats des imposanten prächtigen Palais des Konzerns in der Innenstadt, in dem die Firma Theodor Althoff in den Konzern aufgenommen worden war, erfolgte. Der Aufbau des Karlsruher-Konzerns ist in den Söhnen und Enkeln Schenks, die Geschwister der Schenks, eine Angliederung zahlreicher Eigenbetriebe aus den verschiedensten Fabrikationszweigen und der Aufbau eines großzügigen Exportgeschäfts auf breiterster Grundlage. Das Aktienkapital des Unternehmens wurde entsprechend vergrößert und 1929 endlich der gesuchte Bindemantel konzentriert mit seinen Warenhäusern aufgebaut. Außerdem erfolgte in allen größeren Städten die Gründung der bekannten Spä - Einzelgeschäfte.

Nach dieser Expansion stellte der Kartell-Konzern mit 13 Einrichtungszentren und 16 Eigenbetrieben der Textilindustrie, Konfektion, Fahrzeug- und Eisenbahnherstellung nicht allein eine der größten Wirtschaftseinheiten Europas dar, sondern war jählich der größte Warenhauskonzern des Kontinents, der über 91 Warenhäuser und etwa 50 abgeschlossene Spä - Geschäfte verfügte.

Kapitalverschwendungen

Auch im den Kartell-Konzern brachte allerdings diese gewaltige Ausdehnung und Aufzehrung von Konkurrenzunternehmen eine erhebliche Reichhaltung mit sich. Bereits die Bilanz des letzten Jahres wies gegenüber 80 Millionen Mark Aktienkapital und 21,3 Millionen Mark Reserven, Verpflichtungen in Höhe von 104,4 Millionen Mark, Bankschulden in Höhe von 71 Millionen Mark und Warenbestände auf, etwa 30 Millionen Mark auf. Diese erhebliche Belastung bedeutete natürlich für das Unternehmen eine gezwungene Zusatzverpflichtung, die sich mehr und mehr auswirkt mußte, als unter dem Druck der Weltwirtschaft die Kreise zwischen den einzelnen Betrieben des Konzerns zusammenschließen werden würden. Nach die errichteten Neubauten und Baulichkeiten, die weit über ein angemessenes Maß hinaus erfolgten, befleißten des Unternehmens jedoch zu diesen direkten Verlusten aber trotzdem noch besonders doppelt so hohe Verluste infolge einer verzerrten Spekulationspolitik der Großaktionäre. Beim des Kartell-Konzerns der Kartell A.G. Bei der Übernahme des Kindermann-Konzerns übernahm der selbe gleichzeitig eine Ansprache für die in Zukunft begehrten Ausflüchtlings, die damals einen Kurs von 220 bis 230 Prozent ausgestellt. Als in den folgenden Jahren der Kurs der Kartellaktien bis auf 25 Prozent gesunken war, stellte ein Kapitalertrag in Höhe von etwa 20 Millionen Mark ein, der die begehrten Ausflüchtlings anstelle der primären Forderung der verantwortlichen Betriebsherrschaft der Kartell A.G. zugesprochen. Es ist unverständlich für die Stellung des Kartells der Kartell A.G., daß der selbe für diese gewaltige Ausflüchtlings Gehälter von 30 bis 120 000 Mark bezog und zugleich eine Tochterfirma von 20 Prozent von dem ausgewiesenen Bruttogewinn des Konzerns erzielte. Man hat berechnet, daß allein im Jahre 1929 der aus etwa 12 Gehältern bestehende Kartell-Konzern seinen Ge-

haltsbezügen über 6 Millionen Mark Sonderaufwand erhielt.

Bei einer solchen Geschäftstätigkeit dieses Kartell-Konzerns kommt es nicht wunder, wenn die Schwierigkeiten für den Konzern sich ständig vergroßerten und endlich der letzte Geschäftsbetrieb des Unternehmens einen Verlust von an nähernd 25 Millionen Mark aufwies. Dieser Verlust ist umso bezeichnender, als sich das Warenhausgeschäft des Konzerns an sich selbst nicht erhöhte, sondern durch zahlreiche Anstellungen an Warenhäusern, Einrichtungen und Grundstücken, erfolgreich gestaltete und einen Überschuß erbrachte. Lediglich durch umfangreiche Bankkredite und Anbringung neuer Stiftungsgelder war es möglich, das Unternehmen in finanzieller Hinsicht zu bewahren und über die größten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das Ergebnis dieser Politik ist, daß jetzt vorausichtlich eine jahrelange Geschäftstätigkeit unter Anspannung aller Kräfte notwendig sein wird, um die erlittene Schlappe wieder weit zu machen und das Unternehmen hochzuhalten.

und Lohnabbau

Bei der bisherigen Sozialpolitik des Kartell-Konzerns muß leider festgestellt werden, daß darunter auch die Arbeiterschaft in besonderem Maße mit zu leiden haben wird. Bereits in den letzten Jahren ist in den Produktionsbetrieben der Kartell A.G. wiederholt ein erheblicher Abbau der Löhne durchgeführt worden. So wurden in dem ebenfalls dem Konzern angehörigen Textilunternehmen in Böckingen, einem Betriebe mit etwa 1800 Textilarbeitern, bereits in diesem und vorigen Jahre mehrfache Lohnkürzungen durchgeführt. Außer der laufenden Senkung der Löhne erfolgte insbesondere eine mehrfache Rückerstattung der Akkordlohn, indem zum Beispiel in der Weberei vom Zweistundentakt auf Dreistundentakt übergegangen und ein Lohnabzug von 20 Prozent durchgeführt wurde. Den Dreistundentakt wurden vier Stähle gegeben bei einem Lohnabzug von 13 Prozent. Bei Oberstuhlergütekosten erfolgte der Lohnabzug vom Dreistundentakt auf einen Lohnabzug von 45 Prozent. Ebenso erfolgte bei Unterstuhlergütekosten eine Lohnabzug von 35 Prozent. Nebenbei war die Bedeutung von Mehrstühlen mit erheblichen Akkordlohnabzügen und entsprechendem Abbau der Löhne erkundet. Nach dieser Senkung der Akkordlohn wurde im Rahmen eines sozialen Schiedsgerichtes weiter eine Tariflohnabschaffung von 6 Prozent ein. Nach der Erklärung des Tarifabgebertarifvereins vor der Schiedsgerichtskammer, daß auch die Akkordlohnrate um diesen Satz gesenkt werden sollte, lehnte der Betrieb eine weitere Akkordlohnabschaffung von 3 bis 12 Prozent ab. Dabei bedeutet natürlich der Übergang von Mehrstühlen für die Arbeiterschaft insgesamt eine erhebliche Mehrbelastung in ihrer Arbeit. Es hat intensiv generativ politischer Anstrengungen bedurft, um die Betriebsleitung von weiteren Lohnkürzungen abzuhalten.

Die betroffene Arbeiterschaft fragt sich anläßlich dieser Tatsache mit Recht, welchen Zweck übergeordnet die Lohnkürzung für einen Betrieb habe, wenn in der gleichen Zeit Millionen von Mark in leichtsinniger Weise verschwendet werden. Das Beispiel der Kartell A.G. ist ein weiterer Beweis dafür, daß wenig beginnend das handlungsfähige Tarifabgebertarifverein nach einem Lohnabzug von 6 Prozent von dem ausgewiesenen Bruttogewinn des Konzerns erzielte. Man hat berechnet, daß allein im Jahre 1929 der aus etwa 12 Gehältern bestehende Kartell-Konzern seinen Ge-

Ein gesunkener Stern in Lörrach (Baden)

Die Firma Mech. Baumwollweberei Otto Schenz in Lörrach hat im April 1931 ihre Zahlungen eingestellt und Konkurs gemacht. Noch vor Jahren hat die Firma sich als Erwerbsgesellschaft unter dem Namen J. G. Schenz A.G. in Basel niedergelassen, während in Lörrach die Grundstücksfirma Otto Schenz den Produktionsbetrieb für die Firma in Basel führte. Schon damals haben einjährige Leute sich verschiedene Gedanken über die beiden Firmen in Basel und Lörrach gemacht, insbesondere über die Erwerbsgesellschaft J. G. Schenz in Basel. Diese Dinge sind an und für sich in der heutigen Zeit nichts Besonderes. Was der Angelegenheit in diesem Falle eine besondere Note gibt, ist, daß der Firmeninhaber, Herr Schenz, sich zur Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint, die industrielle Welt zu zeigen, wie man eine Betriebswirtschaft, Betriebsorganisation vom wissenschaftlichen, technischen und soziologischen Standpunkt aus betreiben kann und muß, um den Gewerkschaften den Raum zu machen.

Den Auf- und Ausbau dieses Wunderwerkes an der südwestlichen Ecke Deutschlands begann Herr Schenz mit der Schaffung einer sog. Werksgemeinschaft mit Hilfe ehemaliger, besonders radikaler Arbeiter aus dem Lager der KPD. Die Soche funktionierte bald herrlich. Streik und Zuspernung und was ähnliche, nur von den bösen Gewerkschaften herausbeschworene wirtschaftliche Kampfmaßnahmen sind, wurden durch einen Gegenseitigkeitsvertrag als unmöglich dezentriert. Die Löhne sollten immer mehr steigen und eine Höhe erreichen, wie sie in keinem deutschen Werk gezahlt wurden, ja man sagte sich, wir wollen amerikanische Löhne zur Einführung bringen. Allerdings wünschten die Werkangehörigen der Firma beißig beim einer wissenschaftlichen Nationalisierung auf- und auszubauen. Die Arbeiter wurden trotzdem immer leichter und auch weniger zu arbeiten haben. Sie hätten nur bei den noch notwendigen technischen Verbesserungen einige Maschinenaufsicht auszuüben. Wie es nun in einer richtigen Werksgemeinschaft sein soll, schrift man auch zur Bildung eines Werksgesangsvereins, dem natürlich auch ein Domänenorchester angeschlossen war. Auch dem Unterhaltungsbedürfnis der Belegschaft wurde Beachtung getragen. Sommerausflüge, Weihnachtsfeiern und ein ungewöhnliches Fest mit Umzug, Unterhaltung in der Festhalle, Tanz, Schubide und Berg- und Hügelwanderungen.

Chef war der Gesellte, das kam ihm auch zu. Eine schöne, in der Universitäts-Druckerei Freiburg (in Lörrach) hat nur etwa ein Dutzend Druckereien) hergestellte Werkszeitung, deren verantwortlicher Redakteur ein wirklicher Doktor war, sorgte für den geistigen Stoff der Gemeinschaft. Die besten und angesehensten Produktionsspezialisten des Werkes wurden periodisch durch eine schöne fotografische Aufnahme in die Werkszeitung übertragen und als nachahmenswerte Beispiele gehandzeichnet. Dies war wieder zweifellos notwendig, weil in der Gemeinschaft schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitskraft“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ durch unzureichende Bankkredite und Anbringung neuer Stiftungsgelder war es möglich, die Arbeitskraft zu verschwenden, die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken, die Verwaltung kostet nichts, also brauchen die Arbeiter auch nur noch unbedeutende Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so verkündete Herr Schenz. Die Belegschaft mit Mehrheit beschloß auch entsprechend. Nach genauer Prüfung der Dinge kam Herr Schenz selbst aber wieder von der Gründung ab. Man blieb bei der Ortskrankenkasse, schon ab und zu Worte wie „Schafferei“, „Arbeitsbereit“ und „Arbeitskräftig“ u. a. m. laut wurden. Auch der Ortskrankenkasse bei der die Werksangehörigen verliefert waren, fiel schon die über Gebühr hohe Krankheitsziffer auf. Das Werksorgan hatte also schon eine größere Aufgabe. Um dieser Stimmung zu begegnen, verzeichnete Herr Schenz, der inzwischen zum Dr. h. c. ernannt worden war, die völlig unnutze Sozialversicherung, die nur sehr viel Geld, d. h. Verwaltungskosten verschlingt, ins richtige Licht zu stellen. Um zunächst der Krankenversicherung beizukommen, wurde der Gründung einer eigenen Betriebsärztekasse das Wort gerichtet. Die Krankheitsarztkasse würden sinken,

GEBUNDENSPINDE

Grundblatt zur „Exklaverbeiterzeitung“

1931

Nr. 7

Schulesempfehlungen.

Wenn wir auf die Freiheit der Arbeitsteilung einzugehen, so ist es nicht ausreichend, nur die kleine Gruppe große Freiheit zu geben, wenn die anderen Gruppen ebenfalls große Freiheit haben. Wenn wir auf die Freiheit der Arbeitsteilung einzugehen, so ist es nicht ausreichend, nur die kleine Gruppe große Freiheit zu geben, wenn die anderen Gruppen ebenfalls großes Recht haben.



den letzten Jahren durchdrungen, so ist es nicht ausreichend, nur die kleine Gruppe große Freiheit zu geben, wenn die anderen Gruppen ebenfalls großes Recht haben.

Die Gruppe

größere

<p

Vörrach ist anscheinend ein Konkurs mangels Masse nicht möglich, weil alles durch sog. Uebereignungsverträge schon vorher verpfändet war. Heute führt der Hauptgäudier, die Spinn- und Weberei Offenburg, den Betrieb einstweilen weiter. Über das künftige Schicksal des Werkes, der Arbeiter und Angestellten läßt sich z. St. noch nichts bestimmtes sagen.

In der Öffentlichkeit über fragt man sich allerorts: Wie konnte dieser Zusammenbruch der Firma kommen? Sicher ist, daß die Arbeiter und Angestellten unter einer ausgeklügelten Rationalisierung des Betriebes und unter höchster Anspannung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte alles hergegeben haben, was aus ihnen herauszuholen war. Eine Dreischicht und unkontrollierbare Ueberarbeit waren durchweg Gang und Gabe und damit eine Produktionssteigerung, wie sie wohl kaum ein Betrieb erreichte. Die Rationalisierung, die Arbeitsleistungen und die Lohnsenkung der letzten zwei Jahre auf das niedrigste zulässige Maß haben, insoweit es die produzierenden Arbeiter betrifft, zweifellos zu einer ungeahnten Produktionskostenersparnis geführt, die alle übrigen Betriebe auf dem Felde schlug.

Alle diese, das ganze Textilgebiet so sehr beeinflussenden Maßnahmen, wurden nach der Amerikareise des Herrn Schenz und seines Betriebsleiters in verstärktem Maße bis zum äußersten betrieben. Eine Anzahl Menschen, mit der Stopuhr bewaffnet, waren andauernd tätig, das Lebte aus den Maschinen und aus den Menschen herauszuholen.

Auf etwa ungünstige Ausnutzung der Produktionsmittel und der menschlichen Arbeitskraft kann die Pleite nicht zurückgeführt werden. Durch äußerste Übersteigerung derselben und vielsache Durchbrechung der Sonntagssuhe wurde aus dem Arbeiter das Lebte herausgeholt. Dagegen hört man mit Recht vielfach die Auffassung, daß ein viel zu großer Stab von leitenden Persönlichkeiten mit hohen Gehältern für einen Betrieb mit 700 Belegschaften vorhanden war. Allerdings erfolgte hier, aber erst vor Todeschluss, ein ziemlich radikaler Umbau, wobei die an erster Stelle stehenden bereits im letzten Herbst und Winter, wohl in Vorahnung der kommenden Dinge, das sinkende Schiff verlassen haben. Hinzu kamen die ohne Zweifel sehr hohen Aufwendungen des Herrn Schenz und seiner Familie. Schon die Verlegung des Familiensitzes nach Freiburg und die monatelange Abwesenheit des Herrn Schenz vom Betrieb lieken Einbildung nachdenklich werden. Alle diese Dinge mußten notgedrungen zu einer viel zu starken Abschaltung des Betriebskapitals und infolgedessen zu einer zu großen Aufnahme von Bankgeldern zu hohen Zinsen führen.

So ist der Stern über dem Betriebswissenschaftlichen Leben Deutschlands, der durch Herrn Dr. J. H. C. Schenz auf vielen deutschen technischen Hochschulen als Stein der Weisen gepriesen wurde, nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder untergegangen. Die industrielle Welt ist höchstlich um eine Erfahrung reicher. Die betroffene Arbeiterschaft aber, und unter diesen die Werksparer, sind um eine Entfaltung reicher geworden. Gernus.

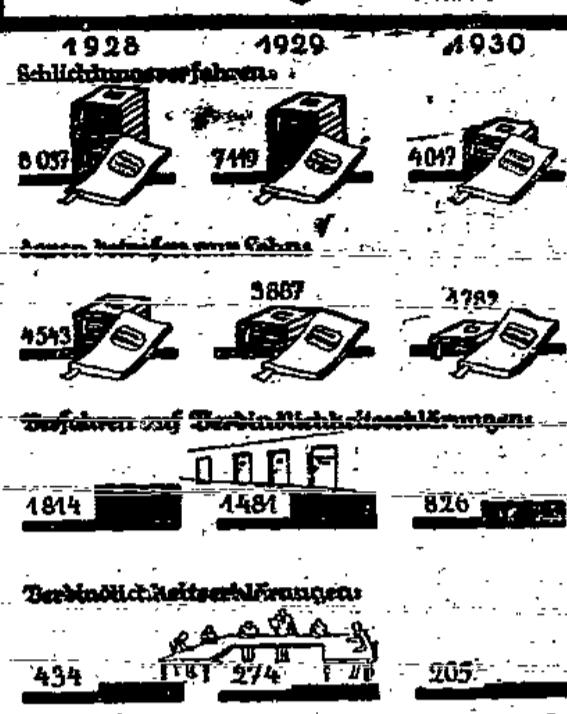
Können solche Verdienste gekürzt werden?

Ein Kollege aus dem Arbeitsverhältnis schreibt: Wie durch die Presse bekannt gemacht wird, in der Reichsregierung ernstlich darüber beraten, die gelegliche Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche herabzusezen. In dem vorliegenden Entwurf soll ein Lohnausgleich nicht vorgesehen sein. Die Arbeiterschaft müßte sich also nochmals einen erheblichen Lohnabbau gefallen lassen. Wenn auch die 40-stündige Arbeitszeit bei dem heutigen Stande der Technik als etwas selbstverständliches zu betrachten ist, birgt sie aber ohne gerechten Lohnausgleich für das Familienleben ernsthafte Gefahren. Von diesen Gesichtspunkten aus und in der Erkenntnis, daß heute nur noch Zahlen wirken, möchte ich das Leben einer Arbeiterfamilie in einigen Zahlen vor Augen führen:

Meine Familie besteht aus Vater, Mutter und 13 Kindern im Alter von 5 Monaten bis 19 Jahren. Von den Kindern sind 5 noch nicht schulpflichtig, 5 besuchen die Volksschule und 3 sind aus der Volksschule entlassen und sind z. St. in der Fabrik beschäftigt. Das Einkommen aus dem Verdienst des Vaters und der 3 legtgennannten Kinder sieht sich wie folgt zusammen: Der Stuntenlohn des Vaters beträgt 80 Pf. pro Stunde, bei 44-stündiger Arbeitszeit 35,20 Mk. Da aber vorniegend Akkord gearbeitet wird, soll der Akkordlohn zu Grunde gelegt werden. Der Akkordlohn beträgt in 44 Stunden circa 46,50 Mk., ab für Sozialversicherung 2,65 Mk. 1. Kind 44 Stunden à 37 Pf. = 16,28 Mk., ab für Sozialversicherung 1,47 Mk. 2. Kind 40 Stunden à 29 Pf. = 11,60 Mk., ab für Sozialversicherung 1,35 Mk. 3. Kind 42 Stunden à 24 Pf. = 10,08 Mk. ab für Sozialversicherung 80 Pf. Das ergibt einen Gesamtlohn nach Abzug der Sozialversicherung von 77,19 Mark pro Woche, davon erhalten die Kinder Taschengeld von a) 2 Mk. b) 1,50 Mk. c) 1 Mk., zusammen 4,50 Mk. für Zeitungen, Zeitschriften, Vereins- und Verbandsbeiträge werden 3,90 Mk. verausgabt, ergibt zusammen 8,40 Mk., verbleiben noch 68,79 Mk. Davon ab für Wohnungsmiete 7 Mk. bleiben noch 61,79 Mk. oder pro Tag 8,83 Mk., das sind pro Kopf und Tag 59 Pf. Von diesem Betrag müssen die Lebensmittel, Schuhe und Kleider, Brennmaterial, Licht, Haushaltungsgegenstände und andere Gebrauchsartikel bestritten werden. Kommt in der Woche ein Feiertag vor, so vermindert sich das Einkommen pro Kopf und Tag um 14 Pf. Würde die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche festgesetzt, die Verhältnisse aber gleich bleiben, so würde sich das Einkommen pro Kopf und Tag um 7 Pf. vermindern, also nur noch 52 Pf. betragen. Angesichts solcher Taschen scheint es doch außerordentlich bedenklich, die Lebensmöglichkeiten und den Lebenswillen der Familien nicht noch weiter zu unterbinden. Auch die bisher erlassenen Notverordnungen tragen die Familien auf das Schmerze. Tritt aber noch längere Krankheit oder Arbeitslosigkeit ein, so macht die Not ins Unheimliche. Schon bei guten Zeiten haben größere Familien, soweit die meisten Mitglieder nicht erwachsen sind, schwer um ihre Existenz zu ringen, wieviel mehr bei solchen Notzeiten! Bei dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit sollte diese zahlenmäßige Darstellung über die Verhältnisse in einer Arbeiterfamilie zu denken geben.

Auf Grund der von den Landesregierungen geprüften Angaben der Schlichtungsausschüsse und der monatlichen Nachweisungen der Schlichter und der für die Schlichtung zuständigen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums wird in diesem Ministerium eine Statistik des Schlichtungswesens bearbeitet. Die Ergebnisse dieser Sta-

Schlichtungswesen 1930



tistik für das Jahr 1930 werden soeben veröffentlicht. Danach haben im Reichsgebiet 3780 Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen stattgefunden. Von den einzelnen Streitfächern waren über 3 900 000 Arbeitnehmer erfaßt. Weitaus die meisten Schlichtungsverfahren betrafen mit 1672 Fällen Lohn- und Gehaltsfragen. Es gelang, von den einzelnen Schlichtungsfächern im Vorjahr und in besonderen Verhandlungen schon 1186 Sachen zu erledigen, sodaß nur 2624 Verfahren vor die Schlichtungskammer gezogen werden mußten. Von den vor

der Schlichtungskammer verhandelten Fällen wurden 1930 durch einen Schiedsspruch erledigt. In allen anderen Fällen gelang eine Einigung, oder es kam ein sonstiger Besluß zustande. In 1280 Fällen wurden die Schiedssprüche von den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern abgelehnt, die wiederum zum Teil durch eine spätere Einigung oder durch Verbindlichkeitserklärung abgeschlossen wurden. Neben diesem Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen fanden weitere 257 Schlichtungsverfahren vor den ständigen und vor besonderen Schlichtern statt. Diese Schlichtungsverfahren erfassen 4 278 000 Arbeitnehmer. Nur 190 dieser Schlichtungsfächer kamen vor die Schlichterkammer. Hier wurden sie in 147 Fällen durch einen Schiedsspruch, in den übrigen Fällen durch Einigung oder sonstigen Besluß erledigt. Da die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in 97 Fällen diese Schiedssprüche ablehnten, mußte das Schlichtungsverfahren in 41 Fällen durch eine Verbindlichkeitserklärung in den übrigen Fällen auf andere Art zum Teil durch spätere Einigung seine Erledigung finden.

Aus der Entwicklung des Schlichtungswesens in den Jahren 1928 bis 1930 ist nicht nur zu entnehmen, daß die Zahl der erledigten Schlichtungsverfahren, gleichgültig ob sie vor den Schlichtungsausschüssen oder vor den Schlichtern durchgeführt wurden, sehr stark zurückgegangen ist, sondern daß auch in immer stärkerem Maße die Arbeitgeber von sich aus das Schlichtungsverfahren in Gang gebracht haben. So wurden z. B. im Jahre 1928 von den Arbeitgebern in 11,0 v. H. der Verscharen vor den Schlichtungsausschüssen der Einleitungsantrag gestellt, 1930 waren es schon 20,4 v. H. Die gleiche Entwicklung hat die Zahl der Anträge an den Schlichter genommen. Hier waren es 1928 24,1 v. H. der Verfahren und 1930 28,8 v. H. Auch bei den Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen muß die gleiche Entwicklung festgestellt werden. Gegenüber dem Schlichter wurde 1928 von den Arbeitgebern in 19,3 v. H. der Verscharen und 1930 in 24,6 v. H. der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung gestellt, dem Reichsarbeitsminister gegenüber 1928 in 32,9 und 1930 in 48,2 v. H. der Fälle. Die Zahl der Schlichtungsausschüsse hat sich im Berichtsjahr weiter verringert.

Finanznot der Kommunen

und Sicherung der Wohlfahrts-Unterstützungen

Die Auflösung der Wohlfahrtsunterstützungen für die ausgesteuerten Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger bedeutet für die betroffenen Gemeinden natürlich eine außerordentlich starke finanzielle Belastung. Durch die Überweisung von 60 Millionen Mark aus der wegfallenden Wohlfahrtsunterstützung nach der neuen Notverordnung wird den Kommunen dafür nur eine geringe Gegenleistung geboten. Auch die in Aussicht gestellten Zuwendungen aus den Erträgen der Gehaltskürzungen in jenen Ländern, die mehr als 5 vom Tausend Wohlfahrtsverbrauchslose haben, bedeuten für die Kommunen nur eine teilweise Entlastung. Ramentlich in jenen Gemeinden, die durch eine große Zahl von Wohlfahrtsempfängern betroffen werden, ist die finanzielle Lage außerordentlich schwierig und die zu erwartende künftige Entwicklung der Finanzen recht bedrohlich. Nachdem in der Notverordnung auf die notwendigen Sparmaßnahmen auch der Gemeinden und Kommunen hingewiesen worden ist, muß befürchtet werden, daß in den fraglichen Kommunalverwaltungen der Versuch gemacht wird, neue Veränderungen der Wohlfahrtsunterstützung zu durchdrücken, um auf diese Weise die Wohlfahrtslasten zu vermindern. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden hier in den kommenden Wochen auf der Hut sein müssen, um zu verhindern, daß eine wesentliche Verschlechterung der ohnedies unzureichenden Unterstützungsbezüge durchgeführt wird.

Dabei ist besonders notwendig, hinzuzweisen auf die auf Grund der Notverordnung vorzunehmenden Einsparungen am Personalkörper der Kommunen. Es ist keineswegs so, wie der Deutsche Städletag glaubhaft machen will, daß die Zeit der sogenannten Kurzzeitabschaffung für die Kommunalverwaltungen längst vorüber ist. Bei zahlreichen Kommunen zeigt sich in der zahlen- und klassenmäßigen Besetzung des Personalkörpers noch die Möglichkeit erheblicher Einsparungen durch entsprechende Reformen.

Die über einer beachtlichen Aufklärung Anlaßlich einer Diskussion der Beitragsregelung für die Ruhegehaltsklasse der Amtier- und Landgemeinden im Rheinland werden darüber die Entwicklung der Dienstekommen und Ruhegehalter bezw. der Zahl der Pensionäre in den Amtier- und Landgemeinden der Rheinprovinz folgende Feststellungen gemacht:

Die Gehälter aller pensionsberechtigten Beamten der rheinischen Amtier liegen in den letzten 40 Jahren um das 14fache von 1,4 Mill. RM. auf 19 Millionen, sie haben sich gegenüber 1915 fast verdoppelt. Diese Erhöhung ist zum Teil auf die Vermehrung der Beamten, zu einem wesentlichen Teil aber auch auf Verhöhung der Beobachtungswahlrufe zurückzuführen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die inzwischen erfolgte Eingemeindung das Gebiet der an die Ruhegehaltsklasse angegliederten Amtier erheblich kleiner geworden. Besonders stark gestiegen sind die Auswendungen für Pensions. Die Zahl der beigetragenen Pensionäre hat sich in 40 Jahren auf das 10fache gesteigert! Auch der Durchschnittsbetrag der einzelnen Pensionen stieg entsprechend: 1888 erhielt ein Pensionär im Durchschnitt 644,- Mark jährlich; 1910 bereits 1350,- Mark, 1927 dagegen 3440,- Mark. Besonders auffallend ist die Steigerung der Dienstekommen von 1927 bis 1928 (Auswirkung der letzten Bevölkerungssteigerung). Das gesamte Dienstekommen betrug 1927 15,2 Millionen Mark, 1928 dagegen 19 Millionen Mark. Es erhöhte sich also um 4,2 Millionen Mark. Rund 27 Prozent des Gesamtaufwandes für Gehälter der Kommunalbeamten muß

ten in den letzten Jahren von den fraglichen Kommunen für die Pensionsschäfe aufgebracht werden. Diese erheblichen Aufwendungen für Dienst- und Ruhegehalter und Pensionsbezüge und insbesondere ihre beträchtliche Steigerung in den letzten Jahren zeigen uns, daß hier die Kommunen noch erhebliche Reserven zu verzeichnen haben, auf die von unseren Vertretern hingewiesen werden müssen. Denn hier handelt es sich nicht um Unterstützungsbezüge, die eben nur die äußerste Existenz der Empfänger sichern, sondern zu einem wesentlichen Teile um Gehälter und Pensionsbezüge, die einen Abbau wohl vertragen können.

Die Gewerkschaften zur Sozialversicherung

Die Arbeiterspitzengewerkschaften haben an den Herrn Reichsarbeitsminister eine längere Eingabe über die Reform der Sozialversicherung gerichtet, aus der mir folgenden kurzen Auszug bringen: „Deutschland ist in Not. Es müssen entweder neue Einnahmequellen erschlossen oder Ersparnisse gemacht werden. Ohne Zweifel gibt es auch in Deutschland noch leistungsfähige Schichten, die für die Schaffung neuer Einnahmequellen herangezogen werden könnten, aber gerade diese haben in den letzten Jahren am stärksten in der Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, daß die Ausgaben für soziale Zwecke zu groß sind. So richten sich auch jetzt wieder die Blicke auf den Sozialstaat. Wir weisen darauf hin, daß die Leistungen der Sozialversicherung bereits über das tragbare Maß hinaus eingeschrankt sind. Weitere Einschränkungen würden die Existenz der Arbeiterschaft in Frage stellen. In der Sozialpolitik und Sozialversicherung verteidigt die Arbeiterschaft nicht nur den Schutz des höchsten Produktivitäts, der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Garantien für die Bewertung und Würdigung der Arbeit. Eine noch weitere Verschlechterung der Leistungen würde noch weitere breite Massenmassen einem ungeheurend Radikalismus in die Arme treiben und den Bestand des Staates gefährden.“

Die Invalidenrente in Deutschland beträgt im Durchschnitt 26 RM. im Monat. Die Witwenrenten, die auch nur an invalide Witwen gezahlt werden, sind entsprechend kleiner. Trotzdem wird von bestimmten Kreisen die Behauptung aufgestellt, diese Renten seien zu hoch. Demgegenüber betonen wir, daß die Invalidenversicherung vielmehr des Ausbaues bedarf.

In der Unfallversicherung richten sich die Angriffe besonders gegen die kleinen Renten. Die kleinen Renten sind für den Arbeiter durchaus keine Rappasse. Die Rechtsprechung hat sich ohnehin dahin entwickelt, daß selbst für verhältnismäßig schwere Verstümmelungen nur kleine Renten gezahlt werden. Hinzu kommt, daß bei den heutigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Rationalisierung die Bezieher der kleinen Unfallrenten, die meist unter nicht unerheblichen Verleidungen zu leben haben, durchweg keine Arbeit mehr bekommen. In den letzten Jahren ist oft mit Recht gefragt worden, Deutschlands Reichtum bestehe vor allem in seiner Arbeiterschaft. Aber ebenso richtig ist, daß diese Arbeiterschaft erst fruchtbar gemacht wird durch Arbeitswillen und Arbeitsfreude. Der Träger der Arbeiterschaft ist der Mensch. Es ist notwendig, auch in dem Arbeiter, den das Schicksal zum Empfänger einer kleinen und bescheidenen Rente verurteilt hat, mehr den Menschen zu sehen. Gerade bei diesen Renten sollte man den Gesichtspunkt der „möhlerworbenen Rechte“, der bei anderen Anlässen und von anderen Kreisen oft geltend gemacht und vertrügt wird, gelten lassen.

